



Staatskanzlei und Ministerium für Kultur

Sachsen-Anhalt stellt 1,5 Millionen Euro zur Abmilderung der Coronafolgen in Filmbranche bereit

Auf Antrag von Staatskanzlei und Ministerium für Kultur und mit Unterstützung des Finanzministeriums hat der Finanzausschuss des Landtages heute weitere 500.000 Euro zur Abmilderung der Coronafolgen für die Filmbranche in Sachsen-Anhalt freigegeben. Mit den Mitteln sollen nunmehr zusätzlich die Produktionstätigkeiten im TV-Bereich im Rahmen eines von den Ländern geplanten TV-Ausfallfonds abgesichert werden.

Bereits im November wurden 1 Million Euro für die Beteiligung von Sachsen-Anhalt am Ausfallfonds der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) für bundes- und ländergeförderte Kinofilm- und hochwertige Serienproduktionen freigegeben. Das Land stellt somit insgesamt 1,5 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt zur Verfügung, um das Risiko von coronabedingten Produktionsunterbrechungen und Produktionsabbrüchen bei Kino- und Fernsehproduktionen und daraus resultierenden existenzgefährdenden Ausfallschäden abzufedern.

„Ich freue mich, dass wir mit den zusätzlichen Mitteln nun auch die Fernsehproduktionen in Sachsen-Anhalt sichern können und in diesen herausfordernden Zeiten so die Produktionsunternehmen in Sachsen-Anhalt unterstützen. Davon profitieren auch die Dienstleister entlang der Wertschöpfungskette einer Film- oder Fernsehproduktion wie beispielsweise im Bereich der Postproduktion“, so Staats- und Kulturminister Rainer Robra.

Hintergrund:

Mit dem BKM-Ausfallfonds (sog. Ausfallfonds I), an dem sich auch Sachsen-Anhalt mit 1 Million Euro beteiligen will, wird das Covid-19-bedingte Ausfallrisiko bei bundes- und landesgeförderten Kino- und hochwertigen Serienproduktionen abgesichert. Ein Großteil der Produktionen ist allerdings im TV-Bereich zu verorten und vom BKM-Ausfallfonds I nicht erfasst. Daher wird zusätzlich zum BKM-Ausfallfonds, von den Ländern ein Ausfallfonds für TV-Produktionen, der sog. Ausfallfonds II erarbeitet, an dem sich auch Sachsen-Anhalt beteiligen möchte.

Impressum:

Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt Pressestelle

Hegelstraße 42
39104 Magdeburg

Tel: (0391) 567-6666

Fax: (0391) 567-6667

Mail: staatskanzlei@stk.sachsen-anhalt.de